

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

**Berufsorientierung für jugendliche
Geflüchtete: Herausforderungen –
Kooperationsformen – Praxisbeispiele**

Fachtagung am 7. März 2018

Dr. Karola Köhling, Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey



- **Einführungsvortrag:** Zwischenergebnisse aus dem Projekt
„Kooperation von Akteuren vorbeugender Sozialpolitik – Eine Analyse am Beispiel der Berufsorientierung jugendlicher Flüchtlinge“
- **Lösungen in der Praxis** – zwei Panels vor und nach der Mittagspause:
„Internationale Förderklasse und der Weg in das Regelsystem schulischer und beruflicher Bildung“
„Übergangsbegleitung in lokalen Netzwerken“
- **World-Café:** Austausch und Vertiefung zu verschiedenen Themen:
„Berufsorientierung für jugendliche Geflüchtete – welche Rolle spielt KAoA?“
„IFK – und was dann?“
„Heterogene Zielgruppen – spezifische Angebote?“
- **Abschlussvortrag:** Schlussfolgerungen und Anregungen für die Weiterentwicklung lokaler Kooperation

Berufsorientierung für jugendliche Geflüchtete als Kooperationsaufgabe

- Hintergrund und Projektkontext
- Beteiligte Akteursgruppen
- Die Rolle von Vernetzungsinstitutionen
- Lokale Kooperation bei der Berufsorientierung von jugendlichen Geflüchteten – Strukturen und Prozesse
- Die Funktion der Berufskollegs im lokalen Netzwerk

„Kooperation von Akteuren vorbeugender Sozialpolitik – Eine Analyse am Beispiel der Berufsorientierung jugendlicher Flüchtlinge“

Laufzeit und Förderung

- September 2016 bis August 2018

Ministerium für Innovation,
Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen



Forschungsinstitut
für gesellschaftliche
Weiterentwicklung

Grundlage

Qualitative Interviews mit Akteuren in 15 Kommunen

- Vernetzungsinstitutionen (VI): Regionale Bildungsbüros (RBB), Kommunale Koordinierungsstellen (KoKo), Kommunale Integrationszentren (KI)
- Berufskollegs: Schulen (BK) / Schulverwaltung/-aufsicht (SV)
- Arbeitsverwaltung: Arbeitsagenturen (AA) / Jobcenter (JC) / Integration Points (IP)
- Jugendhilfe: Jugendämter (JA) / freie Träger (JH)

Ziel

- Identifizierung von Gelingens- und Engpassfaktoren für lokale Kooperation

Berufsorientierung für jugendliche Geflüchtete als Herausforderung für die Kooperation auf lokaler Ebene

Übergang von der Schule in den weiteren Bildungs- und Berufsweg

- zentrale Weichenstellung
- erfordert Vorbereitung und Begleitung

Berufsorientierung

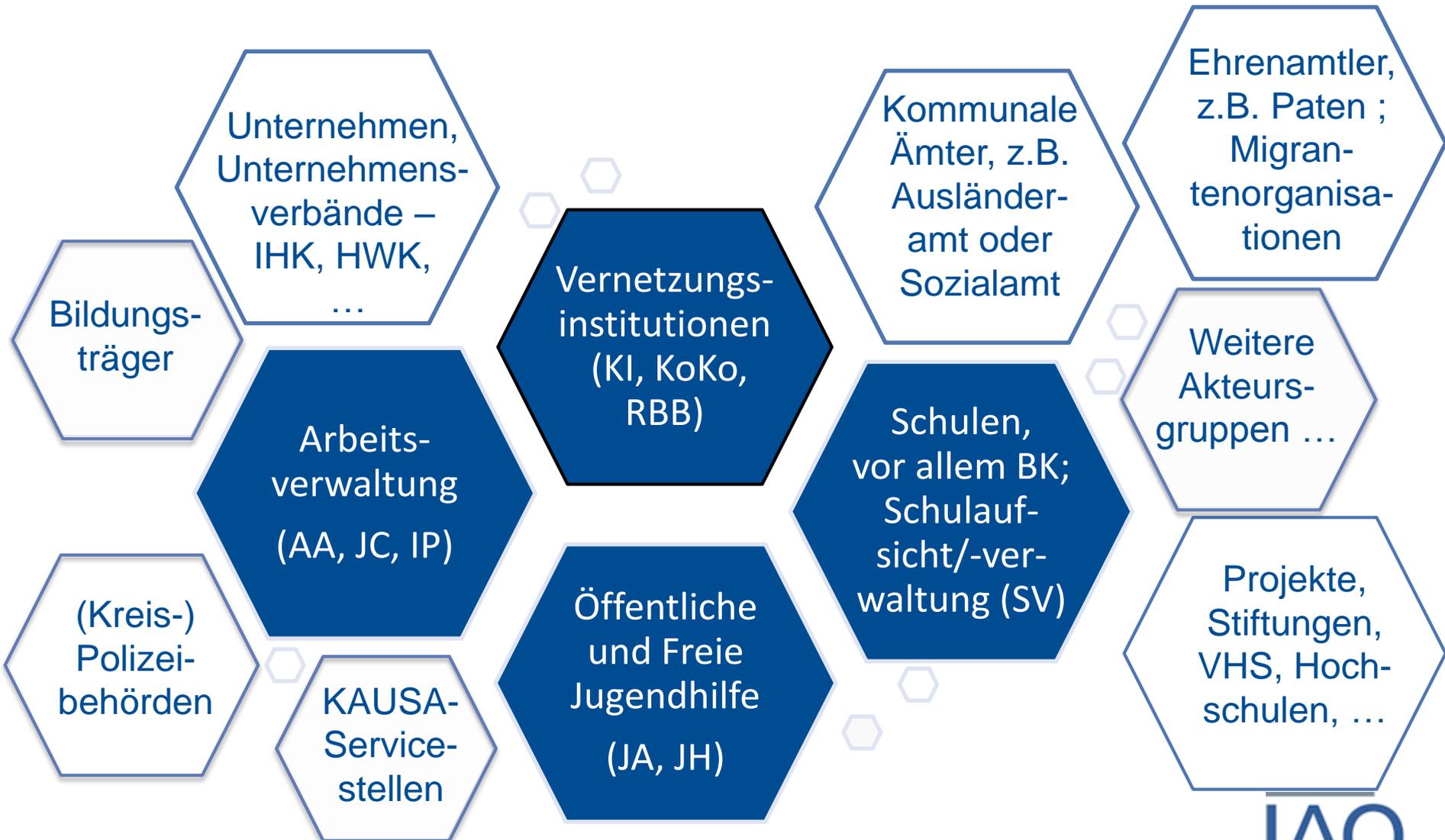
- bedeutet Stärkung der individuellen Entscheidungskompetenz der Jugendlichen,
- erfordert Kooperation

Berufsorientierung bei geflüchteten Jugendlichen

- Überlagerung durch weitere Übergänge: Ankunft-Bildungssystem; Deutschförderungs-Regelsystem; Statuswechsel im Asylverfahren und durch Volljährigkeit

Probleme und Potenziale von Kooperation bei Berufsorientierung werden bei dieser Zielgruppe besonders deutlich

Akteursgruppen



Die Rolle von Vernetzungsinstitutionen

Förderung von Vernetzung und Kooperation auf kommunaler / lokaler Ebene

- Grundlage ist Förderung durch Landesprogramme
- Unterschiedliche Ansiedlung in den einzelnen Städten und Kreisen

Regionale Bildungsbüros (RBB)

- Koordinierung der Regionalen Bildungsnetzwerke
- seit 2008

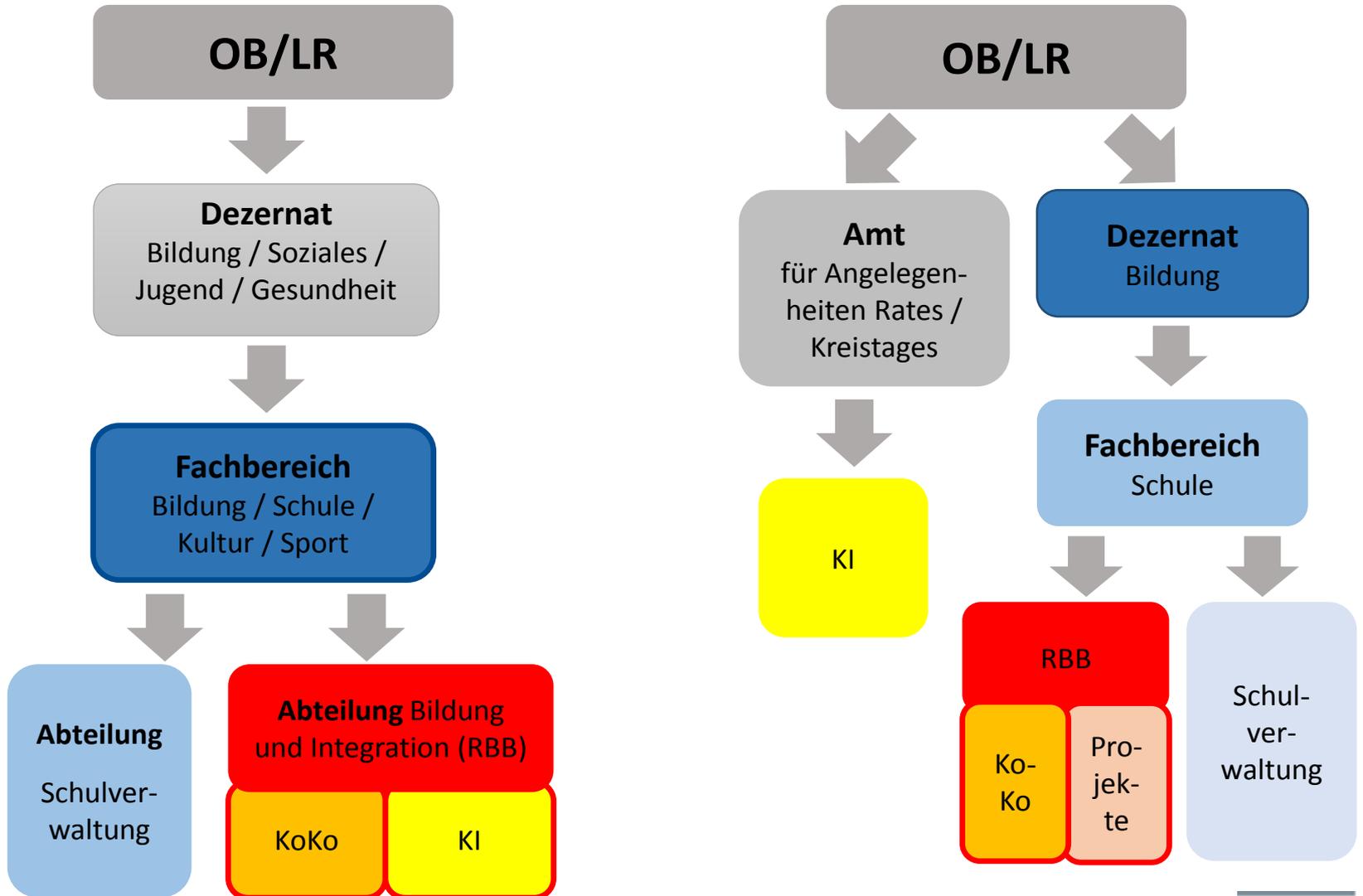
Kommunale Integrations- zentren (KI)

- Grundlage: Teilhabe- und Integrationsgesetz – seit 2012
- Ziele:
 - Verbesserung der „Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund“
 - Koordinierung vor Ort – Querschnittsaufgabe

Kommunale Koordinierungs- stellen (KoKo)

- Koordinierung der systematischen Berufs- und Studienorientierung für alle Schüler/innen ab Klasse 8
- Grundlage: Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) – seit 2012

Kommunale Strukturen: Ansiedlung der Vernetzungsinstitutionen



Aufgabe der Vernetzungsinstitutionen

- Austausch und Abstimmung zwischen verschiedenen Fachinstitutionen und Professionen organisieren

Verhältnis der Vernetzungsinstitutionen untereinander

- Programme sind in unterschiedlichen Ministerien und Abteilungen verankert und untereinander nicht konzeptionell verknüpft
→ Impulse müssen auf kommunaler Ebene zusammengeführt und (im Idealfall) in ein kommunalspezifisches Gesamtkonzept integriert werden

Unterschiedliche kommunale Aufbaustrukturen

- führen zu unterschiedlichen Schnittstellen
- haben unterschiedliche Vor- und Nachteile sowohl für Kooperation untereinander als auch mit Fachinstitutionen
- sind pfadabhängig und nur mit hohem Aufwand veränderbar

... deshalb haben lokale Prozesse zentrale Bedeutung

Die Praxis der Vernetzungs- institutionen

- Vernetzungsinstitutionen sehen sich als neutrale Akteure, die dazu beitragen, den Austausch anderer Institutionen zu moderieren und so Wissen und Vertrauen zu schaffen:
„Also wir sind Netzwerker.“ (KI)
- VI sind auf Akzeptanz angewiesen; Kooperation funktioniert nur, wenn Fachinstitutionen „mitspielen“
- Deshalb werden oft Dienstleistungen und konkrete Unterstützung angeboten:
„Nur Querschnitt geht nicht, wir bringen uns mit der Schülerberatung ins Geschäft.“ (KI)
- Besondere Herausforderung in Kreisen, da Fachinstitutionen zum Teil in einzelnen Kommunen angesiedelt sind:
„Wir sind keine weisungsbefugte, übergeordnete Instanz. Sondern wir sind eine unterstützende, eine administrativ unterstützende Kreisverwaltung.“ (KI)

Lokale Kooperation bei der Berufsorientierung von jugendlichen Geflüchteten – Strukturen und Prozesse

Ziel und Vorgehensweise

- Förderung gelingender Übergänge von der Schule in Ausbildung und Studium ohne „Warteschleifen“
- Einrichtung von KoKos und Bildung von Steuerungsgremien in allen kreisfreien Städten und Kreisen zur Einbindung der relevanten lokalen Akteure

Zentrales Element

- Systematische Berufsorientierung für alle Schüler/innen ab Kl. 8 mit sog. „Standardelementen“ (z.B. Potenzialanalyse, Praktikum) und zusätzlichen Elementen für bestimmte Zielgruppen

Zielgruppen- diskussion

- „einheitliche Standards“ versus „Ungleiches ungleich behandeln“
- Einbeziehung der Sekundarstufe II

„Seiteneinsteiger/innen“ und ihre Integration

- Seit 2015/16 große Herausforderung für standardisiertes System
- „Auf KAoA haben wir keinen Einfluss.“ (Akteur Integration Land)
- Frühjahr 2016: Initiativen von Arbeitgebern und Gewerkschaften für stärkere Berücksichtigung der „Flüchtlingssituation“
- seit Winter 2016/17: Nachholmöglichkeiten in Kl. 9 und „KAoA-Kompakt“, komprimierte BO in Kl. 10

Zum Teil wenig Kontakte zwischen KI und KoKo, bspw. weil ...

- KI andere Arbeitsschwerpunkte hat
- KI keine Einflussmöglichkeit sieht
„Dürfen wir uns überhaupt mit Berufsorientierung befassen? Das ist doch KAoA!“ (KI)
- Akteure im Bildungsbereich (RBB / KoKo / SV) sich als (allein) zuständig für lokales Konzept der Berufsorientierung einschließlich integrationspolitischer Aspekte betrachten
- KoKo sich auf Umsetzung der Standardelemente konzentriert

Lokal große Heterogenität

- Unterschiedliche Konzepte für Berufsorientierung von jugendlichen Geflüchteten und unterschiedliche Verknüpfung mit KAoA

Appell an KAoA-Verantwortliche

- *„Die müssen andere Konzepte machen, die zugewanderten Jugendlichen brauchen eher KAoA-Plus als KAoA-Kompakt!“ (KI)*

Strukturelle Probleme bei der Kooperation

Arbeitsverwaltung, Berufskollegs, Jugendhilfe

Rahmenbedingungen

- Beteiligung unterschiedlicher Politikfelder: Bildungs- und Sozialpolitik
- Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit (SGB II, III, VIII)
- Unterschiedliche Aufgaben, Ziele, Steuerungsformen und Arbeitsweisen

Fehlendes Wissen / Mangelnde Transparenz über Zuständigkeiten

- Aufgabenverteilung zwischen JC und AA (SGB II/III)
- lokal unterschiedliche Strukturen in der Arbeitsverwaltung
 - JC: Optionskommune oder gemeinsame Einrichtung
 - Betreuung jugendlicher Geflüchteter: IP oder Jugendberufsagentur
„Manchmal sind die Zuständigkeiten nicht ganz klar!“ (JH)
- lokal unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen Jugendamt und freien Trägern
„Was Jugendhilfe macht, weiß ich nicht.“ (JC)
- lokal unterschiedliche Zuständigkeiten für Beratung / Schulzuweisung jugendlicher Geflüchteter – KI, RBB, SV, spezielle Stellen in kreisangehörigen Kommunen, ...
- Angebotsspektrum von Berufskollegs und Möglichkeiten aufeinander aufbauender Bildungsgänge / Schulabschlüsse z.T. nicht bekannt

Unklarheiten bei Aufgaben

- Zwischen JH und AA teilweise „Zuständigkeitsgerangel – da sagt die Agentur für Arbeit ganz klar, wir sind dafür nicht zuständig, dann fragen wir uns von der Jugendhilfe, na wer ist es denn dann?“ (JH)

Aufwändige Informationsbeschaffung

- „Ja, es ist manchmal ein wenig schwierig: Wie ist der aktuelle Stand gerade? Wer darf eine Ausbildung aufnehmen? Welchen Aufenthaltsstatus muss ich haben?“ (BK)
- „Es ist sehr, sehr viel Recherchearbeit“ ; trotz „wahnsinnig vieler Newsletter und Informationsbroschüren“ müsse man sich „im Einzelfall trotzdem durchfragen“ (JH)

Steuerung: zentral versus dezentral

- „Die Agenturmaßnahmen werden halt eher in Nürnberg zentral für ganz Deutschland konzipiert und gehen dann schon mal ein bisschen am [Stadt] Bedarf vorbei.“ (JA)

Schwierige Erreichbarkeit von Ansprechpartner/innen

- „Bei der Agentur für Arbeit ist es zeitweise wirklich schwer, jemanden zu erreichen, aber das bringt, glaube ich, deren Struktur mit sich.“ (JH)

→ Hohe Bedeutung von Informationsaustausch auf lokaler Ebene
→ Wechselseitiges Wissen aufbauen!

Konfliktfelder aufgrund unterschiedlicher Aufgaben und Prioritäten

Zeitpunkt der Berufsorientierung

- *„Da gab es in Einzelfällen durchaus Streitpunkte im Sinne, nein, der einzelne Jugendliche ist noch nicht so weit, das ist eine Überforderung, ihn jetzt schon zu konfrontieren mit beruflichen Themen, wo wir dann sagen: nein, das ist wichtig.“ (JC)*

Arbeit oder Sprachkurs für Ü18

- *„Dann haben eben Jobcenter und BAMF geantwortet: Arbeit geht vor.“ (JH)*

Bedeutung des Schulabschlusses

- *„Als sie 18 war, hat das Jobcenter ihr gesagt, dass sie auch woanders zum Sprachkurs gehen kann. Wir haben gesagt, nein, mach hier Deinen Schulabschluss. Und dann war sie weg.“ (BK)*

→ Aber: Entwicklung von Konsens

Fast alle Interviewpartner/inne/n halten abschlussbezogene Schul- und Berufsausbildung für wichtig – *„Wir fördern das immer!“ (JC);*

„Bisher haben wir da auch immer eine Einigung gefunden mit Agentur für Arbeit und Jobcenter, also ich kenne jetzt keinen von unseren Flüchtlingen, die gesagt haben, ich bin da in was hineingeraten, was ich irgendwie gar nicht wollte.“ (JH)

Wachsende wechselseitige Wertschätzung

- *„Ich bin halt natürlich froh, dass die da nicht nur von mir betreut werden, sondern auch von jemandem vom Jugendamt.“ (IP)*
- *„Der Jugendmigrationsdienst, die helfen bei so vielen Sachen, und da sind die Jugendlichen so gut aufgehoben. Mit denen arbeite ich immer gern zusammen.“ (IP)*
- *„Das ist gut, wenn die Arbeitsverwaltung bei uns im Haus berät.“ (BK)*
- *„Die Lehrer, wenn irgendwas Besonderes ist mit Schülern, wir kooperieren. Die rufen uns an.“ (JA)*
- *Bei unbegleiteten Minderjährigen sei es „hilfreich, wenn Jugendhilfe mitkommt“, denn dann habe man „Ansprechpartner, die sich auskennen“ (BK)*

→ Viel Kooperation „auf Zuruf“ ist entstanden, aber
→ für strukturelle Verankerung besteht noch Entwicklungsbedarf

Betreuung von jugendlichen Geflüchteten als Ausgangspunkt für erweiterte Kooperation?

- „Wir übersetzen ganz oft das System des Einen und erklären es dem Anderen. Das heißt, eine Arbeitsagentur, (...) der erklären wir erst mal, wie Schule organisatorisch funktioniert. Weil die das in der Regel auch nicht wissen. Der Schule erklären wir aber, warum eine Agentur (...) darauf angewiesen ist, dass die Bleibeperspektive mit eine Rolle spielt.“ (RBB)

Aufbau von Wissen und Vertrauen ist wichtige Funktion der Vernetzungsinstitutionen



- „Wir haben in [Stadt] verstanden, dass Kooperation das A und O ist.“ (JH)
- aber auch Appelle:
„Keine Parallelstrukturen aufbauen!“ (IP)
„Wer in Gremien sitzt, braucht auch Entscheidungskompetenz!“ (JA)

Berufskollegs im lokalen Netzwerk

Berufskollegs → zentraler Ort, an dem geflüchtete Jugendliche ankommen, Erstförderung erhalten und in das Regelsystem übergehen

Berufsschulpflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres

- Ausdehnung im Koalitionsvertrag 2017 vorgesehen

Erstförderung

- „Internationale Förderklassen“ (IFK) für 16-18-Jährige (ein Jahr, Wiederholungsmöglichkeit, Ziel: Hauptschulabschluss)
- „Fit für mehr“ (FFM) auch für Ü18 (auch unterjährig, ohne Abschluss)

Regelsystem

- Bildungsgänge der Ausbildungsvorbereitung
- Möglichkeit zur Erlangung aller Schulabschlüsse
- Vollzeitschulische Berufsausbildung
- Fachklassen im dualen System ...

IFK- Zuweisung: Kompetenz- feststellung und Kompetenz- orientierung?

- Keine Kompetenzfeststellung (Interessen, Bildungsstand, Potenziale) vorgeschrieben
- erfolgt sie doch, z.B. nach Beratung im KI, ist Ergebnisübermittlung an BK nicht immer gesichert (Umgang mit Datenschutz)
- teilweise kompetenzorientierte Zuweisung, bspw. zu BK mit Schwerpunkt Technik, Wirtschaft, Gesundheit/Soziales
- teilweise kapazitätsorientiert, nach Wohnort oder verfügbaren Plätzen

Kompetenzorientierte Zuweisung bietet günstige Voraussetzung für Berufsorientierung

Bedeutung der lokalen BK- Landschaft

- Zuweisungsmöglichkeiten und Übergang in weiterführende Bildungsgänge hängen stark von lokaler BK-Landschaft ab
- Kommunen mit breitem Angebot haben es leichter!
- Herausforderungen in Kreisen: große Entfernungen und Aufgabenverteilung zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen

Strategische Schulentwicklungsplanung für BK!

Strukturelle Probleme

- Kapazitätsprobleme der Schulen bei IFK und FFM
„Seit Februar 2016, also da haben wir eine Klasse eingeschult, im März die zweite, im Mai die dritte und seit diesem Schuljahr sechs und jetzt kam noch die siebte dazu, im Mai.“ (BK)
- IFK nur einjähriges Programm mit Wiederholungsmöglichkeit, nicht aufeinander aufbauend
- Integration in Bildungsprogramme für benachteiligte Jugendliche
- Extrem heterogene Voraussetzungen der Jugendlichen bei Sprache und – lateinischer – Alphabetisierung

Engpässe für weiterführende Schul- abschlüsse

- Schwierigkeiten beim Zugang zu Schulabschlüssen für Ü18
- Kein direkter Weg zum Abitur
- Individuelle Feststellungsprüfungen für mittleren Schulabschluss am Ende der IFK zwar möglich, aber für Schulen sehr aufwändig
- Probleme bei Anerkennung von mitgebrachten Schulabschlüssen

Viele Einzelfalllösungen, aber keine strukturellen Lösungen:

„Ich ruf dann bei X. an.“, BK; „Wir machen manchmal eine prognostische Versetzung.“ (BK);

„Ich kenne einen Schulleiter, der die in die Oberstufe nimmt.“, (KI)

Lösungsansätze für Strukturprobleme und Engpässe an Berufskollegs

Zeit möglich

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

Schulische Lösungsansätze

- Vernetzung der Berufskollegs Stadt / Kreis → Wechsel zu inhaltlich passendem BK oder speziellen Angeboten, wie Alphabetisierungsklasse, ermöglichen
- Individuelle Beschulung bei heterogenen Bildungsvoraussetzungen
„Wir arbeiten grundsätzlich individualisiert, das heißt, wir machen nicht für alle den gleichen Mathematikunterricht, nicht für alle den gleichen Deutschunterricht.“ (BK)
- Schulsozialarbeit wichtig, die Jugendlichen brauchen *„mehr als Bildung“ (BK)* – *„Ohne die Sozialarbeiterin wäre gar nichts gegangen, gar nichts.“ (BK)*
- Organisation begleitender Angebote (Freizeit, Unterstützung durch Peers, Ehrenamt, ...)
- Eigenständige Curriculumsentwicklung, um einfache Wiederholung der IFK zu vermeiden
- Beratung über weiterführende Wege im deutschen Schulsystem, Vermittlung an Angebote von Volkshochschulen, Weiterbildungskollegs, ...

→ **Aber: Grenzen von lokaler Kooperation und individuellem Engagement!**

→ **Bedarf an strukturellen Lösungen** (bspw. bei Schulabschlüssen)

Problem- lagen und (partielle) Lösungs- ansätze

- Erwerb des Hauptschulabschlusses in zwei Jahren häufig schwierig,
„Ein Jahr reicht nicht, zwei Jahre auch nicht immer!“ (BK)
- deshalb Förderung von Schulabschlüssen in Regelbildungsgängen
→ aber: Integration in Bildungsgänge der Ausbildungsvorbereitung
bietet wenig motivierendes Umfeld
„Da lernen die nicht mehr viel Sprache!“ (BK)
- Nach zwei Jahren Erstförderung meist weitere Sprachförderung
erforderlich – *„Das ist aber im Schulsystem nicht vorgesehen!“ (BK)*
„Wir organisieren das trotzdem!“ (BK) – aber: Ressourcenproblem!
- Perspektiven nach Erstförderung werden vom Aufenthaltsstatus beein-
flusst, kaum Förderung für Jugendliche aus sicheren Herkunftsländern
*„Und diese sicheren Herkunftsländer sind halt nur vermeintlich sichere.
Alles, was es gibt, Einstiegsqualifizierungen, Assistierte Ausbildung und
solche Dinge sind für diese Jugendlichen nicht zugänglich.“ (BK)*
- Deshalb mehr Kooperation mit und Unterstützung durch andere
Institutionen, z.B. JMD, Ausländeramt und/oder AA/JC

Informationsdefizite / Akzeptanzprobleme

- „Warum drei Jahre lernen fürs Haarschneiden?“ versus „Was zählt, ist Arzt oder Rechtsanwalt!“

Sprachproblematik

- Befürchtung von Sprachproblemen und Schwierigkeiten bei theoretischer Prüfung
„Es hat auch keinen Zweck, die zu früh in Ausbildung zu bringen, das geht dann schief!“ (JC)

Assistierte Ausbildung

- Regionale Unterschiede je nach Lage am Ausbildungsstellenmarkt:
„Wir kriegen die Plätze nicht voll!“
(AA in Großstadt mit hoher Arbeitslosigkeit) versus
„Wir haben viel zu wenig Plätze, um die Jugendlichen zu begleiten!“
(JC in kreisangehöriger Kommune mit Mangel an Auszubildenden)

Verbleib am Berufskolleg

- Vollzeitschulische Ausbildung oder anderer Bildungsgang am BK als Alternative: *„Viele bleiben erstmal bei uns!“ (BK)*
„Das ist ja wirklich der Charme am Berufskolleg, dass man ja wirklich eine Karriere hier starten und alle Schulabschlüsse machen kann.“ (BK)

Erfolgsfaktor Vernetzung

- Erfolge beim Übergang in Ausbildung vor allem durch gute lokale Vernetzung des BK –
„Wir brauchen Lotsen für die verschiedenen Felder!“ (BK)

Vorbereitung und Begleitung des Übergangs als Kooperationsaufgabe – Beispiele

- Individuelle Vorbereitung und Begleitung des Übergangs in weiteren Bildungs- und Berufsweg erfordert Beiträge unterschiedlicher Akteure
- Initiierung / Moderation diesbezüglicher Kooperationen durch Vernetzungsinstitutionen hilfreich

Kooperation lokaler BK's

- um Schüler/innen in individuell passende Bildungsgänge zu vermitteln („*Virtuelles Berufskolleg*“; RBB)
in einigen Kommunen koordiniert durch RBB oder initiiert durch KI im Hinblick auf geflüchtete Jugendliche

„Übergangskonferenz“ statt „Klassenkonferenz“

- am Berufskolleg: Kooperation Schule – Jugendhilfe – Arbeitsverwaltung (bspw. initiiert durch KI)
ähnliches Ziel: regelmäßige „Hilfeplanforen“ an Schulen

Einsatz von Fallmanager/innen und Bildungsbegleiter/innen

- koordiniert durch JC, systematische Verfahren für Austausch und Abstimmung im Einzelfall

Dokumentation von Übergängen

- regelmäßige Abfragen bei Schulen und Dokumentation der Bildungswege, durch KI

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Dr. Karola Köhling / Prof. Dr. Sybille Stöbe-Blossey

Forschungsabteilung Bildung und Erziehung im Strukturwandel (BEST)

Universität Duisburg-Essen, Institut Arbeit und Qualifikation

47048 Duisburg

Fon: +49-203-379-1839 / 1805

karola.koehling@uni-due.de

sybille.stoebe-blossey@uni-due.de